

30 Jahre Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie  
am 29.10.2005 in München

## Vortrag

### Nachhaltigkeit und Konsum – Widerspruch oder Wirtschaftsfaktor?

Professor Dr. Edda Müller,

Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes

---

Sehr geehrte Frau Professor Jannsen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Aufgabe, die Sie mir als letzter Rednerin Ihrer Tagung gestellt haben, ist mehr als eine Herausforderung, gilt es doch den derzeit nicht besonders lobenswerten Beitrag der Verbraucher zur Erreichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung zu verteidigen oder zumindest zu erklären. Bei einer gerechten Beurteilung des Verbraucherverhaltens müssen wir m. E. drei Kategorien auseinanderhalten. Die Kategorie des **Sollens**. Was soll der Verbraucher tun? Die Kategorie des **Wollens**. Was will der Verbraucher tun? Und die Kategorie des **Könnens**. Was kann er tatsächlich tun? Ich werde diese Fragen zu beantworten versuchen, indem ich das mir gestellte Thema „**Nachhaltigkeit und Konsum – Widerspruch oder Wirtschaftsfaktor?**“ anhand von sechs **Thesen** abhandele. Es versteht sich von selbst, dass ich bei einem Auditorium von Energieexperten meine Beispiele und Erläuterungen auf den Energiebereich beziehe.

**These 1:**

**Nachhaltigkeit als Überlebensstrategie für unseren Planeten wird heute zumeist auf ihre moralisch-ethische Dimension reduziert. Die politische Dimension wird unterschätzt und die machtpolitische Dimension wird deutlich,**

**indem die etablierten Interessen das Nachhaltigkeitskonzept nutzen, um bestehende Strukturen zu verteidigen.**

Die **erstaunliche Karriere des Begriffs der Nachhaltigkeit** geht auf die Reduzierung auf die griffige und zugleich **mehrdeutige Formel** zurück, die wir alle kennen. Danach meint nachhaltige Entwicklung „to ensure ... the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (Weltkommission, 1987:8). Als Ziel und als **regulative Idee** scheint das Konzept **hoch konsensfähig** zu sein. Sein normativer Gehalt ist eine **Verantwortungsethik**. Verantwortliche Politik und verantwortliches Wirtschaften sollen bei allen heutigen Entscheidungen die Lebenschancen künftiger Generationen beachten und bewahren. Aus dem Konzept wird jedoch auch eine **Gleichrangigkeit ökonomischer, ökologischer und sozialer Interessen** abgeleitet. Interessen sollen so definiert werden, dass sie sowohl kurzfristig als auch langfristig nachteilige Wirkungen auf andere Interessen mit bedenken und vermeiden. **Inwieweit es gelingt, den ideellen Gehalt des Nachhaltigkeitskonzepts mit dem interessenorientierten Ansatz in Einklang zu bringen, hängt daher entscheidend von jeweils vorherrschenden Interessendefinitionen und Wahrnehmungen ab sowie von der Einsicht in die Existenz von Zukunftsgefahren und die Bereitschaft, langfristigen Zielen den Vorrang vor kurzfristiger Interessenbefriedigung zu geben.**

Konkret bedeutet dies, dass Unternehmen und Verbraucher ihre Interessen in Form einer langfristig angelegten Kosten-Nutzen-Bilanz definieren müssen. Für die Unternehmen verlangt dies die Bereitschaft zu Investitionen auch in solche Produktentwicklungen, die bei gleichem Nutzwert für Verbraucher allein über den Preis in einer konkreten Wettbewerbssituation nicht kurzfristig wettbewerbsfähig sind. Für Verbraucher erfordert dies entweder eine Verantwortungsethik und Mehrpreisbereitschaft und/oder die Möglichkeit zur Beurteilung der längerfristigen Kosten, die sich aus den Anschaffungskosten und den Betriebskosten einer Produktentscheidung ergeben. Da weder Unternehmen ohne eine konkrete Perspektive auf eine baldige Rentierlichkeit ihrer Investitionen im Markt überleben können, noch alle Verbraucherschichten sich leisten können, Vorleistungen für ihnen

unbekannte künftige „win-win-Situationen“ zu erbringen, wird diese Strategie nur einen begrenzten Erfolg haben.

Die Brundtland-Kommission hat dieses Dilemma gesehen. Sie hat deshalb die Politik in besonderer Weise in die Pflicht genommen. Gefordert wird eine Veränderung der Mechanismen des politischen Prozesses: „The objective of sustainable development and the integrated nature of the global environment/development challenges pose problems for institutions, national and international, that were established on the basis of narrow preoccupations and compartmentalized concerns.

Governments' general response to the speed and scale of global changes has been a reluctance to recognize sufficiently the need to change themselves. The challenges are both interdependent and integrated, requiring comprehensive approaches and popular participation" (Weltkommission, 1987: 9).

Die Politik ist also gefordert, den Übergang von den derzeitigen nicht-nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu gestalten und dabei den Rahmenbedingungen auf der Produktions- und Angebotsseite des Marktes ebenso große Beachtung zu schenken wie den nachfrageseitigen Bedingungen, d.h. den Möglichkeiten der Verbraucher, ihren Konsum nachhaltig zu gestalten. Was wir brauchen ist hinsichtlich des Energieangebots und des Energieverbrauchs eine neue Ausrichtung der Energiepolitik. Die Politik muss erkennen, dass die gegenwärtigen energiewirtschaftlichen Akteure nicht mehr ihre alleinigen Adressaten sind. Es gilt vielmehr Wirtschaftsbereiche zu beachten und zu fördern, die nicht Energieträger verkaufen wollen, sondern Technologien für eine effiziente Energienutzung und die Nutzung erneuerbarer Energien.

## **These 2: Der Konsum ist natürlich ein Wirtschaftsfaktor.**

Der Vater der Nationalökonomie, Adam Smith, hat schon 1776 gesagt: Sinn und Zweck jeder Produktion ist der Konsum und die Interessen der Produzenten sollten nur insofern beachtet werden als sie den Interessen der Konsumenten dienen.

Die Symbiose von Produktion und Konsum beherrscht auch heute die wirtschaftliche Rhetorik. Unternehmen betonen, dass sie nur das produzieren, was die Verbraucher auch nachfragen. In der Realität ist der vielgepriesene souveräne Verbraucher

jedoch in seiner Kaufentscheidung vom tatsächlichen Angebot abhängig. Er ist auf die vorhandenen Spieler im Wirtschaftsgeschehen angewiesen, auf ihre Investitionsbereitschaft in neue Produkte und auf ihre Informationen, um die Konsequenzen einer Kaufentscheidung beurteilen zu können. Dies gilt im besonderen für den Energiesektor. Die Neuausrichtung der Energieangebotsstrukturen ist der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung, die sowohl die Belastbarkeit des Naturhaushalts beachtet, faire wirtschaftliche Entwicklungschancen in Nord und Süd als auch soziale Gerechtigkeit herbeiführen kann. Gerade in den Entwicklungsländern zeigt sich, dass ein ausreichendes Energieangebot Voraussetzung für die Deckung der Grundbedürfnisse von Verbrauchern ist, wie z.B. der Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen. Wir brauchen daher eine Energiepolitik, die mit aller Konsequenz auf maximale Energieeffizienz und den Übergang in das Zeitalter der Solarenergie hinarbeitet. Das geht nicht ohne das Mittun der Verbraucher.

### **These 3: Die derzeitigen Konsummuster sind nicht nachhaltig.**

Der Konsum ist in weiten Bereichen von einer Durchsatzökonomie geprägt. An die Stelle von Rohprodukten für die Ernährung, die in den privaten Haushalten zu Speisen verarbeitet werden, treten immer mehr vorgefertigte Mahlzeiten, die auf ihrem Weg von der Ernährungsindustrie zum Verbraucher in einer Kühlkette gelagert werden müssen und somit bereits einen erheblichen Energieeinsatz verursacht haben. An die Stelle regionaler, verbrauchernah erzeugter Lebensmittel treten Produkte, die um den halben Globus transportiert wurden, bevor sie auf dem Tisch des Konsumenten landen. Bereits kleinere Defekte von Geräten zwingen zum Neukauf, weil eine leichte Reparierbarkeit nicht mehr möglich ist. Geräte der Unterhaltungselektronik haben keinen Ausstellknopf mehr, sondern werden im „stand by“-Modus gehalten. Das Ausschalten der Geräte ist somit umständlich oder erfordert den Kauf von Zusatzgeräten.

### **Nicht nachhaltig sind insbesondere die gegenwärtigen**

**Energieverbrauchsmuster.** Hierfür allein die Konsumenten verantwortlich zu machen, verkennt die Ursachen für Verbrauchsstrukturen, die in einer Zeit billiger, scheinbar überreich vorhandener Energie geschaffen wurden. **Die Ursachen liegen**

**in einer Energie-, Wirtschafts- und Technologiepolitik, die sich allein auf das Angebot konzentrierte und die Nachfrageseite fast vollständig ignorierte.**

**These 4: Ein nachhaltiger Konsum braucht eine andere Wirtschafts-, Technologie- und Energiepolitik, als wir sie derzeit haben.**

Der entscheidende Hebel für mehr Energieeffizienz und einen breiteren Einsatz erneuerbarer Energien ist heute nicht primär das fehlende Angebot, sondern die unzureichende Nachfrage. Der Konsum ist der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg einer innovativen Energie- und Technologiepolitik. **Die Energiepolitik muss sich neu definieren.** Es geht nicht mehr allein um die Anbieter von Energie und um die zentralen Strukturen der Energieversorgung. **Es geht vielmehr um Energiedienstleistungen, die in Form energieeffizienter Geräte, Fahrzeuge, Gebäude und Wohnungen bereitgestellt werden müssen. Es geht in der neuen Energiepolitik z. B. um den Absatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien, mit denen aus Energieverbrauchern Energieproduzenten werden.** Die Politik lässt derzeit keine Gelegenheit aus, um auf die Notwendigkeit von Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen hinzuweisen. Dabei zeigt sich eine erschreckende Kurzsichtigkeit bei der Gestaltung der nachfrageseitigen Instrumente. Dies zeigte sich bei den Debatten zur Regulierung des liberalisierten Strom- und Gasmarktes, bei den Auseinandersetzungen über die Kontrolle der Netzentgelte, den Regelungen für die Stromkennzeichnung sowie Instrumenten wie die KWK-Abgabe und das Erneuerbare Energiengesetz. Geprägt waren und sind diese Auseinandersetzungen von einem erschreckenden Strukturkonservatismus.

**These 5: Damit nachhaltiger Konsum zu einem Wirtschaftsfaktor wird, brauchen wir einen politischen Instrumentenmix.**

**Nachhaltige Konsummuster können nicht von heute auf morgen durch Appelle an das Verantwortungsbewusstsein der Verbraucher herbeigeführt werden.**

Preissignale allein können angesichts von Verbrauchsstrukturen, die vor allem einkommensschwache Verbraucher nicht kurzfristig ändern können, sehr rasch in

soziale Härten umschlagen. Bezieher kleiner Renten oder Berufspendler sind beispielsweise nicht beliebig in der Lage, Preissteigerungen über ihr Verbrauchsverhalten zu kompensieren. Energie ist in unserer Gesellschaft ein essentielles Gut, das nicht nur den Vermögenden vorbehalten werden darf. Die Verteuerung der Energie und das Drehen an der Energiepreisschraube kann daher nicht das einzige Instrument sein, um Energieeinsparungen zu generieren.

Damit nachhaltiger Konsum zu einem Wirtschaftsfaktor wird, brauchen wir deshalb einen Instrumentenmix, der Preissignale, ordnungspolitische Vorgaben und Standards ebenso umfassen sollte wie unzweideutige Informationsinstrumente und solidarische Förderinstrumente. Im einzelnen geht es um

- eine wirkungsvolle Kontrolle der gegenwärtigen Energieanbieter. Die politische Schonung und Förderung der zentralen Anbieter von Energie im Strom- und Gasmarkt muss ein Ende haben.
- Zukunftsorientierte Instrumente wie das Erneuerbare Energiegesetz und die Ökosteuern, mit denen die Zukunftsverantwortung durch den solidarischen Beitrag aller Energieverbraucher eingefordert wird, dienen dem Ziel der Nachhaltigkeit. Solche Instrumente sind angesichts der absehbaren Verknappung und Verteuerung der weltweiten Energievorräte auch im langfristigen Interesse der Konsumenten. Sie sind überdies unverzichtbar, um Forschung und Entwicklung eine Perspektive sowie innovationsorientierten Unternehmen Planungssicherheit zu geben.
- den Einsatz ordnungspolitischer Instrumente. Er kann in geeigneten Feldern das wirksamste Mittel für den wirtschaftlichen Erfolg innovativer Unternehmen und einen nachhaltigen Konsum sein. Zum Beispiel sollten solarthermische Anlagen, die bereits heute wirtschaftlich sind, für Neubauten vorgeschrieben werden. Durch eine konsequente Umsetzung der EU-Öko-Design-Richtlinie könnte die Planungssicherheit für Investitionen der einschlägigen Wirtschaft verbessert werden.
- die Schaffung von Transparenz über den Energieverbrauch von Geräten und Anlagen. Es überrascht immer wieder, dass der politische Streit über dieses relativ schwache politische Instrument in der Regel in einer Weise entschieden wird, der den Verbraucher als Wirtschaftsfaktor gering achtet. Die politische Debatte wird weitgehend dominiert von dem Ziel der

Besitzstandswahrung der Lieferanten traditioneller Energieträger und der einschlägigen Wirtschaftskreise, die energieverbrauchende Geräte vermarkten.

Hierzu einige **Beispiele** aus unserer verbraucherpolitischen Praxis.

Wir setzen uns für anspruchsvolle **Energieeffizienzmaßstäbe und aussagefähige Verbrauchskennzeichnungen** ein. Die vor einigen Jahren eingeführte Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten ist eine Erfolgsgeschichte. Sie hat das Energieverbrauchsniveau dieser Geräte insgesamt deutlich angehoben, so dass eine Neueinteilung der Qualitätsstufen notwendig wurde. Das Ergebnis ist lächerlich und grenzt an Verbrauchertäuschung und Irreführung. Eine Kennzeichnung von Kühlgeräten in drei verschiedenen „A-Kategorien“ nämlich „A ++“ „A +“ und „A“ verschleiert dem Verbraucher, der mit gutem Gewissen ein Gerät der Energieeffizienzklasse „A“ erwirbt, dass er nur die energiepolitisch drittbeste Wahl getroffen hat. Überdies wird innovativen Unternehmen die Möglichkeit verwehrt, sich im Wettbewerb deutlich von Geräteherstellern schlechterer Energiequalität abzuheben.

Die neue Ökodesign Richtlinie böte die Möglichkeit, anspruchsvolle Energieverbrauchskriterien durchzusetzen. Der Top-runner-Ansatz böte die Chance, die Energieverbrauchsstandards zu dynamisieren und regelmäßig an den jeweiligen Stand der Technik anzupassen und unnötige Energiefresser vom Markt auszuschließen.

Wir brauchen auch **sparsamere Autos**. Die europäische Autoindustrie ist im Jahr 1999 eine Selbstverpflichtung eingegangen, einen Wert von 5,5 Liter je 100 km für alle neuen Autos bis 2008 nicht mehr zu überschreiten<sup>1</sup>. Diese Selbstverpflichtung war von vornherein halbherzig – wie der Sachverständigenrat für Umweltfragen feststellt, bleibt die Autoindustrie damit hinter dem technisch Machbaren weit zurück und schreibt nur „business as usual“ fest. Trotzdem sieht es jetzt so aus, als würde die Autoindustrie das selbstgesteckte Ziel verfehlen. Aktuell liegt der Flottenverbrauch bei ca. 7 Litern je 100 km.

---

<sup>1</sup> Empfehlung der KOM 1999/125/EG, ABl. Nr. L 40/49.

Schließlich brauchen wir für Altbauten einen aussagefähigen **Energiepass für Gebäude und Wohnungen**, damit Käufer und Mieter auf einen Blick erkennen können, welche Energiekosten auf sie zukommen. Der Energiebedarf des Gebäudes muss – ebenso wie heute bei einem Kühlschrank – in Form einer Energieeffizienzklasse angegeben werden. Grundlage der Klassifizierung muss der objektive Energiebedarf des Gebäudes sein, nicht der aktuelle Verbrauchswert des Vormieters oder Voreigentümers. Im Immobilienmarkt ist Transparenz über die Energiekosten besonders wichtig, denn trotz milliardenschwerer Sanierungsprogramme kommt die Sanierung des Gebäudebestands nur schleppend voran. Nach derzeitigem Tempo wäre der deutsche Gebäudebestand erst im Jahr 2115 vollständig saniert. Nicht nur das Tempo fehlt, auch die Ergebnisse der Sanierungen sind bescheiden. Altbau-Sanierungen bleiben häufig hinter dem Machbaren zurück: Nur bei jedem dritten Gebäude ist der Energieverbrauch nach der Sanierung so niedrig, wie es technisch und wirtschaftlich möglich wäre. Die Einführung eines bedarfsorientierten Gebäude-Energiepass könnte demgegenüber eine Investitionswelle auslösen, weil dann klar wird, wo etwas zu tun ist und was eine Sanierung wirtschaftlich bringt. Die Heizkosten könnten sinken, die Baukonjunktur könnte belebt werden.

Damit der Konsum nicht zu einem Hemmnis der nachhaltigen Entwicklung, sondern einem Wirtschaftsfaktor und Motor einer nachhaltigen Entwicklung wird, brauchen wir einen Strukturwandel. **Der Wandel erfordert ein Denken in Nachfragekategorien.** Die Nutzung energieeffizienter Dienstleistungen und erneuerbarer Energien wird anderen Wirtschaftsbranchen unternehmerischen Erfolg verschaffen, als denjenigen Wirtschaftskreisen, die derzeit der Politik kommunizieren, dass ihr Wohlergehen für den Standort Deutschland ausschlaggebend ist.

Der Investor und Eigentümer einer Immobilie wird zum Akteur in der Energiepolitik.. Seine Nachfrage wird sich verlagern: Weg von dem Bezug der Energie als Produkt eines bestimmten Energieanbieters - hin zu einer Nachfrage von Anlagen zur Eigenerzeugung erneuerbaren Energien bzw. energieeffizienter Technologien. Die Verbraucher werden Solaranlagen, Wärmepumpen oder Wärmedämmung statt teuren Stroms oder Gases nachfragen. Statt E.ON oder Vattenfall werden

Unternehmen wie Siemens oder andere Branchen den Energiebedarf der Haushaltskunden decken bzw. reduzieren.

„Vorfahrt für Arbeit und Innovationen“ war ein Slogan, mit denen insbesondere die Union im letzten Wahlkampf um Wählerstimmen geworben hat. Instrumente hierfür sollen u.a. eine Senkung der Lohnnebenkosten und die Beseitigung von Hemmnisse für den Siegeszug der grünen Gentechnik sein. Es wird mir immer unverständlich bleiben, warum die Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale einer konsequenten Energieeffizienz- und Solarpolitik bei diesen politischen Strategien keine Rolle spielen oder sogar kontraproduktive Ziele wie eine Verlängerung der Restlaufzeiten für die Atomkraftwerke oder eine Rücknahme des Erneuerbare Energiegesetzes formuliert werden.

#### **These 6:**

**Wir brauchen eine Verbraucherpolitik, die sich als nachfrageseitige Wirtschaftspolitik versteht.**

Die Politik handelt sektoral: Energiepolitiker reden mit den Vertretern der derzeitigen Energiewirtschaft, sie kümmern sich kaum um andere Wirtschaftssparten. Die Verbraucher gehören nicht zu ihrer Klientel. Das lässt sich wohl nicht ändern. Für die Verbraucher ist die Verbraucherpolitik zuständig. Sie hat sich in der Vergangenheit fast ausschließlich dem Schutz des Verbrauchers verschrieben und dabei ein Image aufgebaut, wonach Verbraucherthemen in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit Bürokratie und Dirigismen und der Behinderung der Wirtschaft gleichgesetzt werden. Es wird Zeit, dass sich die Verbraucherpolitik auch als nachfrageseitige Wirtschaftspolitik begreift und dafür sorgt, dass die Rahmenbedingungen für Angebot und Nachfrage im Sinne einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden. Ich wünsche mir einen Verbraucherminister, der sich mit der gleichen Energie z. B. für faire Strom- und Gaspreise einsetzt wie für eine gesunde Ernährung der Kinder.

Die Verbraucher **sollen** ihre Marktmacht nutzen, um nachhaltig wirtschaftende Unternehmen zu belohnen und nicht-nachhaltige Produktion durch Kaufverweigerung zu bestrafen. Nicht wenige Verbraucher **wollen** dies auch tun. Die Verbraucherpolitik

muss dafür sorgen, dass sie ihr gewünschtes Einkaufsverhalten auch entsprechend praktizieren **können**. Erst wenn die nachfrageseitigen Rahmenbedingungen sich am Ziel der Nachhaltigkeit ausrichten wird man beurteilen können, ob Nachhaltigkeit und Konsum ein Widerspruch oder ein Wirtschaftsfaktor sind.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.